

Astrid Grotelüschen streift bei Remondis-Besuch geplantes Wertstoffgesetz

Standort in Simmerhausen „langfristig gesichert“



Niederlassungsleiter Peter Schröder (3.v.r.) und Arend Cobi (2.v.r.) aus der Leitung Vertrieb Kommunal/ Region Nord zeigten der Bundestagsabgeordneten Astrid Grotelüschen (2.v.l.) sowie ihren Parteifreunden Stefan Wachholder, Hans-Hermann Lehmkuhl und Hartmut Post (v.l.) während des Besuchs bei Remondis auch das rund 25000 Quadratmeter

große Betriebsgelände. © boh
Von Jürgen Bohlken

Simmerhausen - Ob der Standort im Gewerbegebiet Simmerhausen jemals in Gefahr gewesen sei, etwa nach dem „Verlust“ der Hausmüllabfuhr für den Landkreis Oldenburg im Jahr 2003, hinterfragte Prinzhöftes Bürgermeister Hans-Hermann Lehmkuhl am Montagnachmittag während eines Besuchs der „Niederlassung Wildeshausen“ von Entsorger Remondis mit der CDU-Bundestagsabgeordneten Astrid Grotelüschen und weiteren Parteifreunden.

„Da geben Sie mir ja eine Steilvorlage“, erwiderte Arend Cobi (Leitung Vertrieb Kommunal/Region Nord). Er zitierte den Geschäftsführer von Remondis in Norddeutschland, Thomas Templin, mit den Worten: „Der Standort in der Gemeinde Prinzhöfte ist uns wichtig und deshalb langfristig gesichert.“

Mittlerweile habe auch die Zahl der Beschäftigten, die für die Niederlassung und das dazugehörige Oldenburger Kompostwerk arbeiten (aktuell 68), wieder in etwa das frühere Niveau erreicht, erläuterte Niederlassungsleiter Peter Schröder. Nach der erlittenen Niederlage in der Ausschreibung um die Hausmüllabfuhr hatte sich der Betrieb neu ausrichten müssen. „Das war nicht einfach, aber wir haben’s geschafft“, sagte Schröder. Die Niederlassung, die wegen ihres früheren Sitzes am Westring immer noch den Namen Wildeshausen trägt, bedient nun primär als Abfallogistiker Privatkunden. Im Zwei-Schicht-Betrieb befördert Remondis Abfallfraktionen, wobei das Spektrum von Papier, Pappe und Kartonagen über Folien und Abfälle zur Verwertung (AzV) bis hin zu Holz und Grünschnitt reicht. Die jährliche Umschlagsmenge liegt bei etwa 20000 Tonnen. Erforderlich dafür sei sicher eine ausgefeilte Logistik, vermutete Astrid Grotelüschen, die sich erstmals ein Bild von dem Standort machte.

Ein Tätigkeitsfeld in Simmerhausen besteht darin, Altholz vorwiegend gewerblicher Kunden nach Qualitäten zu sortieren und zu schreddern, um es der Spanplattenherstellung oder der energetischen Verwertung zuzuführen. Schon seit dem 1. April 2013 betreibt die

„Niederlassung Wildeshausen“ im Auftrag des Landkreises Oldenburg den Wertstoffhof in Neerstedt einschließlich der dort befindlichen stationären Problemstoffsammelstelle. „Dieses Los konnten wir gewinnen“, sagte Schröder. Der Betriebsstandort gehört, wie Arend Cobi ausführte, zur Region Nord, die jährlich etwa 500 Millionen Euro Umsatz macht. Remondis hat in der Bundesrepublik mit insgesamt sechs Regionalgesellschaften die Marktführerschaft im Entsorgungsgeschäft, bekam begehrte Gütesiegel für Nachhaltigkeit und Kundenzufriedenheit verliehen und agiert international als Global Player; die mehr 31000 Mitarbeiter weltweit erwirtschaften nach Konzernangaben jährlich einen Gesamtumsatz von roundabout 6,4 Milliarden Euro.

„Da steht noch zu wenig drin“

Cobi betrachtet Rekommunalisierungstendenzen, die dazu führen, dass private Entsorger Marktanteile verlieren, mit Sorge, begrüßt aber nach eigenem Bekunden öffentlich-private Partnerschaften mit der Möglichkeit, „auf Augenhöhe“ mit Kommunen zu kooperieren. „Wir haben mit gemischtwirtschaftlichen Gesellschaften sehr gute Erfahrungen gemacht.“

Grotelüschen streifte während ihres Besuchs das geplante Wertstoffgesetz, das eine deutliche Erhöhung der Recycling-Quote bewirken soll. Der Plan: In den gelben Säcken und Tonnen sollen nicht mehr nur Verpackungsabfälle mit dem grünen Punkt landen, sondern ebenso andere recycelbare Wertstoffe aus Kunststoff und Metall. Ein erster Arbeitsentwurf der Bundesregierung hat bei Kommunen, Ländern, Naturschutzverbänden und auch in der Privatwirtschaft zum Teil harsche Kritik geerntet. Dem Entwurf zufolge sollen die dualen Systeme – wie bisher – die Wertstoffe einsammeln, sortieren und verwerten. Im Gegenzug werden sie vom Handel und der Industrie über Lizenzentgelte für die Produkte und Verpackungen finanziert. Kommunale Verwertungsunternehmen beklagen, privaten Entsorgern verschüfe das Gesetz die Möglichkeit, sich hochwertigen Müll herauszusuchen und gewinnbringend zu verwerten, während für sie selbst nur der wertlose übrig bliebe. Fünf Bundesländer machen unterdessen Druck: Ihr Entschließungsantrag zielt im Kern auf eine Abschaffung der dualen Systeme und könnte am 29. Januar im Bundesrat durchgehen. Besagte fünf Länder fordern die kommunale Organisationsverantwortung für die Sammlung von Wertstoffen und wollen deren Sortierung und Verwertung per Ausschreibung und Vergabe durch eine neu einzurichtende „zentrale Stelle“ erwirken.

„Die Recyclingquoten sind noch nicht ambitioniert genug. Ich habe den Eindruck, dass wir über dieses Gesetz ganz lange diskutieren werden“, sagte Cobi. Auf keinen Fall dürfe es Nachteile für privatwirtschaftliche Entsorger geben.

Remondis sieht in dem Arbeitsentwurf zwar eine Anhebung der Recyclingquoten und eine Vereinfachung der Entsorgung erreicht, nicht aber Ziele wie Investitionsanreize für neue Techniken, Stabilität in den Entsorgungsgebühren und ein Mehr an Transparenz für die Verbraucher.